

Pressemitteilung

SPD-Europaabgeordneter Dr. Joachim Schuster
Bremen, 8. März 2016

Keine Zwangsliberalisierung der Hafendienste

Das Europäische Parlament hat sich am heutigen Dienstag gegen eine Zwangsliberalisierung der Hafendienste gestellt.

Im sogenannten dritten Hafepaket hatte die Europäische Kommission nach 2001 und 2004 erneut versucht, den Markt für Hafendienste zu öffnen. „Eine Liberalisierung der Hafendienste in Bremen und Bremerhaven wird es auch im dritten Anlauf der Kommission nicht geben. Wir haben die Ausrichtung des Kommissionsvorschlags grundlegend geändert und Lohndumping einen Riegel vorgeschoben. Das Kernstück ist nun die finanzielle Transparenz der Häfen“, begrüßt der Bremer SPD-Europaabgeordnete Joachim Schuster das Ergebnis. Zentrale Punkte des Vorschlags sind die Regelungen von Transparenz der öffentlichen Finanzierung und des Hafengeldes sowie die Reformierung der Nutzerkonsultation bezüglich der Entgelte und der Aufsicht über die Häfen.

"Außerdem ist es uns gelungen, neue Vorschriften zur Stärkung des sozialen Dialogs durchzusetzen. Das ist ein Novum, denn bislang hatte es in keinem Vorschlag der Kommission eine Sozialklausel gegeben. Damit werden die Hafenbetreiber aufgefordert, Arbeitsmodelle zu entwickeln und zu fördern, die stabile Arbeitsplätze garantieren“, erklärt der Sozialdemokrat Schuster.

Nachdem sich das Europaparlament positioniert hat, werden nun Verhandlungen mit dem Ministerrat beginnen. „Wir sind zuversichtlich, dass es auch in diesen Verhandlungen gelingen wird, die Bremer Forderungen zum Hafepaket III durchzusetzen“, so Schuster abschließend.